



Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, 7. Oktober 2020

Bauwirtschaft: Autobahn-Bau auch weiterhin ermöglichen

„Deutschland braucht ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, damit der Wirtschaftsstandort dauerhaft gesichert ist. Um die Lieferketten im Zentrum des europäischen Binnenmarktes aufrechtzuerhalten, müssen wir auch zukünftig in unsere Fernstraßen investieren. Dazu gehören vor allem die Bundesautobahnen. Auch wenn wir über die Vergabeform nicht einer Meinung sind, so eint uns doch die Überzeugung, dass weiterhin Infrastruktur neu gebaut bzw. erhalten und ausgebaut werden muss. Dazu gehört nicht nur der Neubau von Autobahnen, sondern auch deren Erweiterung z.B. von zwei auf drei Spuren. Das wäre nach dem Beschluss der Grünen auch nicht mehr möglich.“ Mit diesen Worten kommentierten die Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, Dieter Babel und Felix Pakleppa, die Forderung des Bundesvorstands der Grünen, auf einen Neubau von Autobahnen zukünftig komplett zu verzichten. Der Bundesverkehrswegeplan wird vom Bundestag beschlossen und anschließend umgesetzt. Dabei sei, so die Hauptgeschäftsführer, jedes Projekt umwelt- und naturschutzfachlich, raumordnerisch und städtebaulich geprüft worden. „Daran sollten wir auch weiterhin festhalten.“

Pakleppa weiter: „Aus einem Land mit 83 Mio. Menschen und einer starken Volkswirtschaft kann man kein bundesweites Bullerbü zaubern. Die Voraussetzung für Wohlstand und Klimaschutz ist eine prosperierende Wirtschaft und die dazugehörige Mobilität.“

Babel ergänzte: „Die Grünen haben in Hessen einem Koalitionsvertrag zugestimmt, in dem auch der Ausbau der A 49 enthalten war. Nun stimmen sie auf Bundesebene dagegen. Das zeugt nicht von konsistenter Politik.“